

«Das Regierungsamt reizt mich nicht»

Nationalrätin Elisabeth Schneider spricht über die Baselbieter CVP nach ihrem Wechsel nach Bern

Von Alessandra Paone und Thomas Gubler

Biel-Benken/Liestal. Die frühere «starke Frau» der Baselbieter CVP, Elisabeth Schneider-Schneider (49), ist seit Herbst 2010 Nationalrätin. Durch ihre Konzentration auf die Bundespolitik und durch die Emanzipation von Parteipräsidentin Sabrina Corvini-Mohn ist der Eindruck entstanden, dass ihr Einfluss auf die Kantonalpartei geschwunden und diese nach rechts gerückt ist.

BaZ: Frau Schneider, nach bald drei Jahren als Nationalrätin in Bern sind Sie im Bundeshaus definitiv angekommen. Die Bundespolitik scheint Ihnen offensichtlich zu gefallen. Spielt da die Baselbieter Politik für Sie überhaupt noch eine Rolle?

Elisabeth Schneider: Ja. Schliesslich bin ich im Baselbiet politisch gross geworden, und die hiesige Politik liegt mir immer noch sehr nahe. Bei meinen Kernthemen Standortpolitik und Wirtschaftspolitik spielt die Region eine wichtige Rolle und in der Bundespolitik überhaupt, wenn dabei auch nicht immer der Kanton Basel, sondern die Gesamtregion im Vordergrund steht. Selbst in der Aussenpolitik, einem weiteren Kernthema, ist die Region wichtig. Als Nordwestschweizerin bin ich die sogenannte kleine Aussenpolitik mit dem Elsass und Südbaden gewohnt. Und das hat mir gerade in der Aussenpolitischen Kommission sehr geholfen.

Streben Sie nach höheren Weihen in der Bundespolitik?

Ich bin jetzt seit gut zweieinhalb Jahren im Nationalrat, bin bereits einmal wiedergewählt worden und kam schnell in verschiedene Ämter. Da kann vielleicht der Eindruck entstehen, ich würde nach «Höherem» streben. Ich bin zwar wie gesagt in Bern angekommen, aber ich möchte auch, dass man mir die Zeit gibt, dort wirklich Fuss zu fassen. Natürlich braucht es Ziele. Aber ich habe noch nie ein Amt krampfhaft angestrebt. Daher steht für mich auch das Streben nach Höherem nicht im Vordergrund.

«Natürlich braucht es Ziele. Aber ich habe noch nie ein Amt krampfhaft angestrebt.»

Sie reklamieren für sich Zeit, um Fuss zu fassen. Heisst das, Sie spüren Druck oder zumindest Erwartungen?

Ich war bisher sehr erfolgreich. Meine Vorstösse wurden alle vom Parlament gutgeheissen und vom Bundesrat entgegengenommen. Es ist mir auch in Bern gelungen, Brücken zu bauen. Dennoch oder gerade deshalb ist es für mich persönlich sehr wichtig, eine fundierte Basis zu schaffen, um darauf aufbauen zu können.

Das CVP-Fraktionspräsidium würden Sie aber nicht ablehnen?

Das Ämtersammeln hat für mich keine Priorität. Aber wenn die Fraktion das Gefühl haben sollte, dass ich die dafür geeignete Person wäre, dann würde ich das Präsidium nicht ausschlagen. Schliesslich wäre das ein grosser Vertrauensbeweis. Aber ich habe sicher nicht den Anspruch, nach knapp drei Jahren Ratszugehörigkeit die Fraktion führen zu wollen, auch wenn ich es natürlich spannend finde, dass mein Name genannt wird.

Aber ist es ein Thema?

Derzeit wird das Geschäft von einer Findungskommission unter dem Zuger Ständerat Peter Bieri bearbeitet. Die Wahl ist für Mitte Januar 2014 vorgesehen.

Wurden Sie schon angefragt?

So weit ist das Prozedere noch nicht. Aber wie gesagt: Das Fraktionspräsidium steht für mich derzeit nicht im Vordergrund.

In den vergangenen Wochen wurden Sie als CVP-Nationalrätin noch mit einem anderen Thema in Verbindung gebracht: dem Kopftuchverbot an Schulen. Was verspricht sich die CVP und was versprechen Sie sich von dieser Kopftuchoffensive?



«Ich war bisher sehr erfolgreich.» Elisabeth Schneider (49) will die Kantonspolitik ihren Nachfolgern überlassen. Foto N. Pont

Wenn man die aktuelle Situation in Ägypten und Syrien verfolgt, kommt die Minderheit der Christen zwischen den Fronten unter die Räder. In der Schweiz gerät die christlich-abendländische Kultur ebenfalls in den Hintergrund – und zwar weniger aus konfessioneller Sicht, als vielmehr aus Sicht der Werte, die wir vertreten. Man tritt aus der Kirche aus und getraut sich fast nicht mehr, sich zum Christentum zu bekennen. Gleichzeitig entwickelt man aber eine sehr grosse Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Minderheiten. Dagegen habe ich grundsätzlich nichts einzuwenden, man sollte aber die christlich-abendländische Kultur nicht vernachlässigen. Mit den Kopftuchvorstössen möchte ich vor allem die Mädchen schützen, die bei Geschlechtsreife in der Schule ein Kopftuch tragen müssen und deshalb Mühe haben, sich zu integrieren. Hätten die Schulen bei Problemen die Möglichkeit, Kleidervorschriften zu erlassen, könnten diese Mädchen auf das Kopftuch verzichten. Dadurch würde der Druck abnehmen, der von den Eltern auf den Mädchen lastet. Es stört mich, dass in linken Kreisen, die sich die Gleichstellung von Mann und Frau gross auf die Fahne schreiben, die Unterdrückung der Frauen in der islamischen Kultur kein Thema ist.

Die CVP darf keine Wähler mehr verlieren. Versucht sie nicht auf diese Weise, mit einer «Minarett-Initiative light», sich ein kämpferisches Image zu verpassen?

Wer, wenn nicht die CVP muss sich für den Erhalt der christlich-abendländischen Werte einsetzen? Die CVP geht dieses Thema ganz anders an als die SVP. Es geht uns nicht darum, schwarze Schafe aus unserer Kultur zu verbannen.

Sie selbst wollen 2015 auch wiedergewählt werden. Wie beurteilen Sie Ihre Chancen?

Klar ist, dass es die CVP aus eigener Kraft nicht schafft, den Sitz zu verteidigen. So ist nun mal der Proporz. Da kann man in Bern noch so erfolgreich sein und gute Arbeit verrichten. Wir brauchen wieder eine Mitte-Verbindung und das mit dem Ziel, 2015 nicht nur einen, sondern zwei Sitze zu erobern. Die ersten Gesprä-

che wurden geführt. Die Voraussetzungen sind gut, sodass ich den nächsten Wahlen mit Zuversicht entgegenblicke.

Trotz ersten Gesprächen herrscht in der Mitte aber wenig Harmonie. Selbst das Verhältnis CVP-EVP ist nicht mehr das allerbeste.

Dieser Eindruck wird vielleicht in den Medien erweckt. Tatsächlich sind die Verhältnisse wesentlich besser. Dass die EVP mit Thomi Jourdan und die Grünliberalen mit Gerhard Schafroth für den Regierungsrat kandidierten, ist legitim. Regierungsrats- und Nationalratswahlen sind aber zwei verschiedene Paar Schuhe. Die Mitte ist sich sehr wohl bewusst, dass sie bei Proporzwahlen wieder zusammenhalten muss, wenn sie zwei Sitze schaffen will.

Reden Sie die Situation jetzt nicht ein bisschen schön? Zumindest eine Zeit lang ging man nicht gerade herzlich miteinander um.

Eine zeitweilige Disharmonie ist manchmal gar nicht so schlecht. Wichtig ist nur, dass man sich danach wiederfindet. Und das ist geschehen. Denn wenn wir in der Mitte jetzt nicht zusammenhalten, könnte die SVP möglicherweise einen dritten Sitz erobern. Und das auf Kosten der Mitte.

«Wir brauchen wieder eine Mitte-Verbindung – das mit dem Ziel, zwei Sitze zu erobern.»

Es gibt auch Bestrebungen, Parteien aus der Mitte herauszufischen, wobei die SP die EVP und die SVP die BDP im Auge hat. Sehen Sie da keine Gefahr für eine grosse Mitte-Verbindung?

Ich möchte die Ambitionen von SP und SVP nicht kommentieren, sondern einfach auf das Potenzial und die Gemeinsamkeiten der Mitte-Parteien hinweisen. Die BDP macht doch eine typische Mitte-Politik. Und ich gehe davon aus, dass sie sicher wieder mitmacht, zumal sie ja 2011 nur knapp einen Nationalratsitz verpasst hat.

Sie galten lange über Ihren Rücktritt aus dem Landrat hinaus als eine Art Übermutter der CVP Baselland. Heute

besteht dieser Eindruck nicht mehr. Haben Sie an Einfluss in Ihrer Kantonalpartei verloren?

Es ist logisch, dass man relativ schnell weg ist von den kantonalen Themen, wenn man nicht mehr zur Fraktion gehört. Ich konnte aber gut loslassen. Denn es ist wichtig, loszulassen und den Neuen das Feld zu überlassen.

Stichwort Neue: Die von Ihnen geförderte junge Parteipräsidentin Sabrina Corvini-Mohn hat sich mittlerweile sehr von Ihnen emanzipiert.

Sie ist eine eigenständige Parteipräsidentin, die auch eine eigenständige Politik vertritt. Das unterstütze ich sehr. Es war durchaus gewollt, dass sie aus meinem Schatten trat. Was die Landratsfraktion betrifft, so habe ich grosse Freude an deren Entscheidungsfreudigkeit.

Gilt das in gleichem Masse für die Parteileitung, die seit Ihrem Wechsel nach Bern doch erheblich konservativer geworden und nach rechts gerückt ist?

Was heisst schon konservativ? Die CVP ist eine Mitte-Partei. Und je nach Sachthema ist sie einmal mehr rechts und einmal mehr links. Klar, bei den letzten Regierungsratsersatzwahlen gehörte die CVP zum konservativen Lager. In der Energiepolitik dürfte dies eher nicht der Fall sein. Ich habe überhaupt etwas Mühe mit dem Links-rechts-Schema. Die CVP ist die zentrale Zugkraft. Sie fährt ihren Kurs mit Trittbrettfahrern links oder rechts, welche der Mitte die Mehrheit beschaffen. Sie ist damit die eigentliche Volkspartei der Schweizerinnen und Schweizer, die in 80 Prozent der Abstimmungen die Mehrheit des Volkes vertritt.

Und doch: Die CVP scheint mit Sabrina Corvini-Mohn und ihrem Umfeld nach rechts gerückt zu sein.

Das kann man so nicht sagen. Dieses Gefühl entstand wegen der Regierungsratsersatzwahlen. Um den linken Kandidaten zu verhindern, musste die CVP mit der FDP und der SVP zusammenarbeiten. Das ist aber nicht neu. In den letzten Jahren hat man immer in dieser Allianz zusammengearbeitet. Bei konkreten sachpolitischen Entscheidungen sehe ich keine Hinweise darauf, dass die CVP nach rechts gerückt ist.

Sie nehmen also keinen Kurswechsel der CVP nach Ihrem Loslassen wahr?

Nein. Als ich noch im Landrat war, hatte ich beispielsweise bei den Richterwahlen auch versucht, mit der SVP eine Allianz zu schmieden. In energiepolitischen Fragen oder bei der Parlamentsreform habe ich hingegen das Gespräch mit der SP gesucht. Es kommt jeweils auf das sachpolitische Anliegen an.

Fakt ist: Für die CVP wäre es bei der Regierungsratswahl deutlich schwieriger gewesen, FDP und SVP ins Boot zu holen, wenn Sie anstelle von Anton Lauber kandidiert hätten. Für viele Bürgerlichen stehen Sie zu weit links.

Das hat mit meinen Kernthemen zu tun, durch die ich identifiziert werde. Die ganze Thematik der Gebietsreform, für die ich mich stark mache, wird als linkes Anliegen abgetan. Das ist völlig falsch, denn effiziente Strukturen würden vor allem der Wirtschaft dienen. Zudem gehören auch Wirtschaftsverbände zu den Befürwortern der Kantonsfusion beider Basel. Aber es ist in der Tat gut möglich, dass mich die SVP als Regierungsratskandidatin deswegen nicht unterstützt hätte. Diese Frage erübrigt sich jedoch, da mich das Regierungsamt gar nicht gereizt hat. Und ich wusste, dass wir mit Anton Lauber über einen guten Kandidaten mit Exekutiv-Erfahrung verfügten.

War Ihre Kandidatur parteiintern überhaupt jemals ein Thema?

Als die Ersatzwahl für Peter Zwick zur Diskussion stand, war ich erst seit zwei Jahren im Nationalrat. Ich habe von Anfang an klar gesagt, dass ich nicht kandidieren möchte. Ich wollte in Bern einen guten Job machen. Hätte die CVP für die Zwick-Nachfolge keinen geeigneten Kandidaten gehabt, hätte ich es mir vielleicht nochmals überlegt. Aber eigentlich möchte ich nicht auf die kantonale Ebene zurück. Daher bin ich ganz froh, dass ich nicht in den Ring steigen musste.

«Auf Bundesebene dauert es länger, bis man den grossen Wurf landen kann.»

Gilt das generell oder nur für jetzt?

Die Situation, in der sich der Kanton Baselland derzeit befindet, macht ein Regierungsamt für mich nicht sehr reizvoll. Die Aussenpolitik dagegen packt mich. Die Freihandelsabkommen oder die Europapolitik sind Themen, die mich sehr interessieren und bei denen ich mich weiterentwickeln kann. Im Baselbiet habe ich von 1999 bis 2010 politisiert, und das sehr gerne. Im Moment bringt mir Bundesbern mehr und ich vielleicht dadurch dem Kanton Baselland mehr.

Wie Sie selber erwähnt haben, werden Sie politisch vor allem mit der Fusion der beiden Basel in Verbindung gebracht. Wie stark schränkt diese Tatsache Ihr politisches Wirken ein?

Ich kämpfe seit Jahren für Gebietsreformen und für effizientere Strukturen. Es ist auch richtig, dass man mich damit identifiziert. Dafür werde ich mich auch in Zukunft weiterhin mit Herzblut engagieren. In Bundesbern bin ich aber mit vielen anderen spannenden Themen konfrontiert. Und es würde mich freuen, wenn auch erkannt würde, das ich etwas im aussenpolitischen Bereich erreiche. Überhaupt wünschte ich, man würde in der Region stärker wahrnehmen, welche Erfolge ich in Bundesbern erziele und welche Kraftakte ich dort stemme.

Glauben Sie, dass Sie als Bundespolitikerin noch zu wenig wahrgenommen werden?

Die Themen in Bern sind komplexer als auf kantonaler Ebene. Kommt hinzu, dass die Kommissions-, Fraktions- und Parteiarbeit vor allem im Hintergrund stattfindet und daher nicht sehr öffentlichkeitswirksam ist. Es dauert auf Bundesebene einfach länger als auf Kantonsebene, bis man den grossen Wurf landen kann – auch wenn man sehr präsent ist.